



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
**JAN OSKAR HÖFFMANN**

Jan Oskar Höffmann, Bgm.-Heukamp-Str. 23, 49661 Cloppenburg

Jan Oskar Höffmann

Fon: 0151 2120 6653  
info@jan-hoeffmann.de

## **Hebammen berichten von dramatischer Situation**

Als „dramatisch“ und „existenziell gefährdend“ beschreiben Hebammen die Situation der Geburtshilfe im Landkreis Cloppenburg. Es sei bereits „5 nach 12“ statt „5 vor 12“, sodass es nun „konkreter Taten statt warmer Worte“ bedürfe.

Die Hebammen, die aus dem näheren Umfeld des Cloppenburgers Krankenhauses stammen, appellierten an die Vertreter:innen der örtlichen SPD, sich auf allen Ebenen für eine substanzielle Verbesserung der personellen und sächlichen Rahmenbedingungen der Geburtshilfe einzusetzen. Für die SPD nahmen an dem vertraulichen Austausch die Landtagsabgeordnete Renate Geuter, die Landtagskandidaten Pia van de Lageweg und Jan Oskar Höffmann sowie die Vorsitzende der Kreis-SPD Christiane Priester teil. „Wir sind dankbar für das Vertrauen der Hebammen und beeindruckt von ihrem Engagement und ihrer Leidenschaft, diesen Beruf zum Wohle der Mütter und Kinder trotz schwieriger Bedingungen auszuüben. Die hohe Qualität der hiesigen Hebammen ist auch über die Kreisgrenzen hinaus anerkannt“, so die Vertreter:innen der SPD in einer gemeinsamen Presseerklärung. „Ohne diesen unermüdlichen Einsatz jeder einzelnen Fachkraft, würde das System längt zusammenbrechen. Die Geburtshilfe im Landkreis wird durch die persönliche Aufopferung Einzelner noch am Leben gehalten. Die Frage ist nur, wie lange noch“, konstatieren die Politiker:innen.

Die Hebammen berichten von „strukturellen Fehlentwicklungen“, die auf „hausgemachte Fehler“ stoßen. „Festzustellen ist, dass wir in Deutschland keine bedarfsgerechte Vergütung in der Geburtshilfe haben. Das müssen die Verantwortlichen auf Bundesebene endlich beheben, da die chronische Unterfinanzierung nicht nur ein lokales Problem ist“, so Pia van de Lageweg und Jan Oskar Höffmann.

Im derzeitigen Vergütungssystem werden der individuelle Betreuungsaufwand und die hohen Vorhaltekosten nicht beachtet. Bundesweit gäbe einen wirtschaftlichen Druck, der den Grundgedanken eines patientenorientierten Gesundheitswesens widerspreche. „Diese Arbeit muss zukünftig besser und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden. Analog zur Pflege muss auch die Geburtshilfe als Akut- und Notfallversorgung anerkannt werden, sodass auch die hohen Vorhaltekosten erstattet werden. In der Folge könnte genügend Personal vorgehalten werden, um bei Bedarf alle Gebärenden und ihre Kinder gut betreuen zu können. Alles andere wird nicht nur zum Systemversagen, sondern zum unausweichlichen Systemausfall führen“, so van de Lageweg und Höffmann.

Die aktuelle Lage der hiesigen Geburtshilfe sei aber nicht nur auf strukturelle Probleme im System zurückzuführen, sondern fuße auch auf Fehlern vor Ort. Den Hebammen ist es in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass nicht nur ihr Bereich leide, sondern viele weitere

Jan Oskar Höffmann  
Bgm.-Heukamp-Str. 23  
49661 Cloppenburg

Fon: 0151 2120 6653  
info@jan-hoeffmann.de  
http://www.jan-hoeffmann.de

Landessparkasse zu Oldenburg  
IBAN DE37280501000094143997  
BIC SLZODE22XXX

 facebook.com/JanOskarHoeffmann  
 instagram.com/JanOskarHoeffmann

Pflegekräfte in anderen Abteilungen unter erheblichem Druck stünden.

„Die Gewinnung und Sicherung von Beschäftigten erfolgt zuvörderst über eine angemessene Wertschätzung ihrer Leistungen, die sich zwangsläufig auch im Geldbeutel widerspiegeln muss. Gute Arbeit verdient gute Bezahlung“, so die SPD. Nicht nur das Monatsgehalt müsse stimmen, auch außerordentliche Aufwände wie Rufbereitschaften oder Überstunden müssen angemessen vergütet werden. „Darüber hinaus haben diese Hebammen eine Kultur des Respekts verdient. Dieser Respekt muss bereits vom Träger des Krankenhauses ausgestrahlt werden und zwar in Gestalt einer Bestandsgarantie auf einem qualitativ hohen Niveau“, betonen die SPD-Politiker:innen.

„Was der kirchliche Träger aber bislang bietet, ist ein Tod der Geburtshilfe auf Raten. Das darf sich der Landkreis, der das Krankenhaus über all die Jahre finanziell stets unterstützt hat, nicht gefallen lassen. Wir müssen als Landkreis endlich Mitbestimmungsrechte einfordern, auch wenn das zwangsläufig einen deutlich höheren finanziellen Einsatz zur Folge hat. Den Erhalt der regionalen Krankenhausstruktur sollte uns dieser finanzielle Kraftakt wert sein.“ Die SPD-Politiker:innen versprochen, die Thematik auch in die kommunalen Parlamente zu tragen, um eine parteiübergreifende Unterstützung zu ermöglichen.